



Herausforderungen der europäischen Landwirtschaftspolitik

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)

Der EU-Politikbereich Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) besteht aus **zwei Säulen**: den **gemeinsamen Marktordnungen** und der **Entwicklung des ländlichen Raums**.

Der Anteil der Agrarausgaben am EU-Budget macht mit 43 % (ca. 56 Mrd. Euro, Stand: 2009) noch immer den **größten Einzeletat** aus. Den größten Teil verursachen die Marktordnungen und die mit ihnen verbundenen Subventionen für die Landwirtschaft: Den Erzeugern landwirtschaftlicher Produkte werden von der EU **Mindestpreise garantiert**. Da diese in der Vergangenheit mehrfach abgesenkt wurden, erhalten sie zum Ausgleich **Direktzahlungen**, die seit der Agenda 2000 weitgehend unabhängig von der produzierten Menge gewährt werden.

Die Europäische Union setzt jedes Jahr für bestimmte Agrargüter Mindest-/ Interventionspreise fest. Wenn der **Marktpreis** unter den **Mindestpreis/Interventionspreise** fällt, kauft die EU den Erzeugern diese Produkte ab. Dies nennt man **Stützungskäufe**. Durch diese Stützungskäufe werden einerseits die Erzeugerpreise stabilisiert und andererseits Überschüsse aus dem Markt genommen. Dies verhindert ein weiteres Absacken des Marktpreises. Die angekauften Produkte werden zentral gelagert und, je nach Marktentwicklung, später wieder verkauft. Diese Preis- und Abnahmegarantie fördert jedoch die Überproduktion. Durch die GAP- Reformen von 1992 und 2003 sowie der Agenda 2000 wurden die **Interventionspreise drastisch gesenkt** und durch **Einkommensbeihilfen** ersetzt.

Die Erzeugerkosten für fast alle Agrarprodukte, die in der Europäischen Gemeinschaft erzeugt werden, liegen weit **über dem Niveau der Weltmarktpreise**. Deshalb sind diese nicht konkurrenzfähig. Um eine Überflutung des europäischen Marktes mit Importen aus anderen Ländern zu verhindern, hat die EU den **Schwellenpreis** eingeführt. Ein Lieferant aus einem Nicht-EU-Land muss die Differenz zwischen dem Weltmarktpreis und dem Schwellenpreis als eine Art **Zoll** an die EU abführen. Diese Regelung wird als Abschöpfung bezeichnet. Nicht-EU-Ländern erschwert dies den Zugang zum europäischen Markt. Vor allem Entwicklungsländer sind von der Regelung betroffen. Auch die Verbraucher der EU-Länder sind betroffen, da sie höhere Preise als die des Weltmarktes bezahlen müssen.

Um auf dem internationalen Markt wettbewerbsfähig zu sein, können die Erzeuger sich die **Differenz** zwischen dem **Weltmarktpreis** und dem **Schwellenpreis** von der EU auszahlen lassen. Dies bedeutet, dass ein Landwirt seine Produkte zum niedrigen Weltmarktpreis verkaufen kann und trotzdem Gewinn macht.



Reform der Agrarpolitik

Die Agrarpolitik wurde in den letzten Jahren grundlegend reformiert. Die Landwirte sollen **in Zukunft weniger Beihilfen** vom Staat bekommen, die Agrarpolitik soll weiter **modernisiert** werden. Bis 2012 sollen in verschiedenen Stufen 13 Prozent der direkten Beihilfen verlagert werden und in Projekte der **ländlichen Entwicklung** fließen.

Im Jahr 1999 sollte durch die sogenannte „**Agenda 2000**“ die Wettbewerbsfähigkeit im Agrarsektor weiterhin gestärkt werden. Dazu gehören etwa **Preissenkungen** und die **Förderung von Maßnahmen im Bereich der Umwelt, der Lebensmittelsicherheit und der Qualität**.

Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang die sogenannte „**horizontale Verordnung**“. Die Mitgliedsländer der Europäischen Union können **Umweltauflagen zur Voraussetzung für Direktzahlungen** machen, dieses Verfahren wird „**cross compliance**“ genannt. „**Modulation**“ besagt, dass die Mitgliedsländer Direktzahlungen nach bestimmten Kriterien, die Bezug nehmen auf die Zahl von Arbeitnehmern und dem Ertrag eines Betriebs, kürzen können.

Milchquote

Die Milchquote wurde 1984 eingeführt. Seitdem hat sie zwar für eine Verringerung der Produktion gesorgt, aber nicht für stabile Erzeugerpreise. Im Gegenteil: der Preisverfall ist frappierend.

Die Quote wird **EU-weit** vereinbart, **jeder Mitgliedsstaat** bekommt dann eine **bestimmte Quote** zugeteilt. Jeder Landwirt bekommt dann die Menge mitgeteilt, die er höchstens produzieren darf. Für jede **Überproduktion** muss **Strafe** gezahlt werden.

Derzeit ist die **Nachfrage** nach Milch und Milchprodukten im Vergleich zu noch vor zwei Jahren sehr **gering**, die Nachfrage ging stetig zurück, so dass die Bauern nun sehr wenig Geld für einen Liter Milch bekommen. **Auch wenn die Quote erfüllt** wird, wird **mehr Milch** produziert, **als auf dem Markt gekauft wird**. Derzeit liegt die Quote vier bis sechs Prozent zu hoch.

Die Europäische Union kauft derzeit die überschüssige Milch auf dem Markt, will dies aber ab 2015 nicht mehr tun. Dann sollen die Landwirte sich bei ihrer Produktion **am Markt orientieren**. Um den Übergang fließend zu gestalten, wird die Quote in den nächsten Jahren um **jeweils 1,5 Prozent** erhöht.

Dieses Vorgehen ist **stark umstritten**, auch bei den Landwirten selbst haben sich **unterschiedliche Positionen** herausgebildet. Die CSU hat den drohenden Auslauf der Milchkontingentierung im Jahr 2006 verhindert. Wir haben zumindest erreicht, dass die Regelung bis 2015 besteht. Die CSU und Bundesministerin Aigner haben sich außerdem erfolgreich für den **Milchfond** eingesetzt. Ein **Erhalt der Milchquote** hat innerhalb der Europäischen Union **keine Mehrheit** gefunden, auch wenn die CSU-Gruppe im Europäischen Parlament für einen Erhalt der Quote gekämpft hat.

Bayerisches Sofortprogramm für die Landwirte

Die CSU hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, die Bauern bei den Kosten zu entlasten. Dazu haben wir allein für die **Rückerstattung des Selbstbehalts beim Agrardiesel 34 Mio. €** bereit gestellt.



Milchkuhprämie

Beschlossen wurde, **zusätzlich 31 Mio. € für die Kuhprämie für Milcherzeuger** zur Verfügung zu stellen.

Einzelbetriebliche Investitionsförderung

Die Antragstellung in der **Einzelbetrieblichen Investitionsförderung** im Milchviehbereich liegt bisher über dem langjährigen Durchschnitt, aber etwas niedriger als im Jahr 2008. Für die Förderung stehen heuer **60 Mio. € bereit**. Damit haben die Landwirte, die ihre Höfe für den wachsenden Wettbewerbsdruck fit machen wollen, Planungssicherheit.

Qualifizierungs- und Beratungsoffensive

Qualifizierungs- und Beratungsoffensiven wurden eingeleitet, um unsere Bauern auch bei der Kostenminimierung zu unterstützen.

Bundesministerin Aigner und die CSU haben sich dafür eingesetzt, dass **90 Mio. € aus dem EU-Konjunkturprogramm für Deutschland** zur Verfügung stehen. Die CSU hat auch beschlossen, **zusätzlich 31 Mio. € für die Kuhprämie für Milcherzeuger** zur Verfügung zu stellen. Die Antragstellung in der Einzelbetrieblichen Investitionsförderung im Milchviehbereich liegt bisher über dem langjährigen Durchschnitt, aber etwas niedriger als im Jahr 2008. Für die **Förderung** wurden heuer **60 Mio. €** bereit gestellt. Damit haben die Landwirte, die ihre Höfe für den wachsenden Wettbewerbsdruck fit machen wollen, **Planungssicherheit**. Die CSU hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, die Bauern bei den Kosten zu entlasten. Dazu stellen wir allein für die Rückerstattung des Selbstbehalts beim Agrardiesel 34 Mio. € bereit.

Vor wenigen Tagen stellte die EU-Kommission **zusätzlich 280 Millionen Euro** für alle europäischen Milchbauern zur Verfügung. Mit dem Geld soll ein **neuer EU-Milchfond** geschaffen werden. Angesichts der dramatischen Lage auf dem Milchsektor hat der Agrarausschuss bereits seit geraumer Zeit die Einrichtung eines solchen Notfonds gefordert, der aus nicht abgerufenen **Mitteln des laufenden Haushaltsjahres** gespeist werden soll. Somit wurde fertiggebracht, dass die EU trotz ursprünglich anderer Vorstellungen Deutschland den Milchfonds zugewilligt hat.

Wir müssen die Verbraucher besser informieren, z. B. über **Milchersatz**. Beispiel **Analog-Käse**: Die Verbraucher müssen wissen, dass für immer mehr Lebensmittel statt echtem Käse nur ein Käseimitat aus Palmöl, Stärke, Milcheiweiß, Salz und Geschmacksverstärkern, verwendet wird. (z. B. sog. Analogkäse auf der Pizza). Die Mehrzahl der Verbraucher erwartet im **Speiseeis** auch Milch und kein pflanzliches Fett. Bereits jetzt müssen die Hersteller angeben, wenn sie keinen echten Käse verwenden – das muss kontrolliert werden, damit diese Vorschrift auch wirklich eingehalten wird.



Maßnahmen für die Zukunft in der Milchpolitik

Absatzförderung von Bayern aus mit unterstützen

Gespräche mit der Backwaren- und Speiseeisindustrie in Bayern zu organisieren, um selbst Akzente zu setzen, obwohl das in erster Linie Bundesaufgabe ist. Wir werden mehr Geld zur Verfügung stellen, um auch im Ausland unsere Produkte absetzen zu können.

Discounter in ihrer Marktmacht beschränken

Ein Grund für die niedrigen Lebensmittelpreise ist auch der **mächtige Lebensmitteleinzelhandel**. Allein die größten 5 Ketten beherrschen 80 % des Lebensmittelmarktes. Das **Bundeskartellamt** müsste nicht nur prüfen, ob es rechtmäßig ist, dass die Lebensmitteleinzelhändler von den Lieferanten anscheinend sog. „Hochzeits-Boni“ oder „Treue-Rabatte“ fordern, um den Preis zu drücken, sondern deren Marktgebaren insgesamt näher auf die Finger schauen.

Zuckermarktreform

2006 wurde auch die Umstrukturierung dieses Sektors beschlossen. Hintergrund war das Bestreben, den **Markt effizienter** zu machen und die **Zuckerproduktion** in der europäischen Union auf ein **tragfähiges Niveau** zurückzuführen.

Die Zuckermarktreform sollte den Erzeugern, die zu niedrigeren Preisen nicht mehr wettbewerbsfähig sein würden, einen **finanziellen Anreiz** bieten, um **aus dem Sektor auszuscheiden**.

Der für die Erzeuger und Lohnunternehmen bestimmte Anteil der Beihilfe wird auf 10 % festgesetzt, wobei den Erzeugern rückwirkend eine ergänzende Zahlung gewährt wird. Für das Wirtschaftsjahr 2008/09 erhalten die Erzeuger eine zusätzliche Zahlung von 237,50 EUR je Tonne zurückgegebene Quote.

Die Kommission hat Ende Oktober 2009 die **Ausfuhrkontingente für Rübenzucker** von **650 000 Tonnen auf 1,35 Millionen Tonnen** erhöht. Diese Erhöhung hatten der Bayerische Bauernverband (BBV) und die Rübenanbauverbände gefordert.

Hintergrund:

Derzeit ist der **Weltmarkt für Zucker aufnahmefähig**, außerdem liegen die **Preise über dem EU-Referenzpreisniveau**. Durch die Preissenkungen und die Quotenrückgabe infolge der EU-Zuckermarktreform hatten die Erzeuger enorme Einschnitte hinnehmen müssen.